

Der Standort des Risikos

Dem „Forschungsstandort Deutschland“ wird gerne nachgesagt, daß er im Grunde gar keiner mehr sei, weil in ihm so viel über die Risiken moderner Technologien geredet wird. Spätestens seit den siebziger Jahren nahm dieses 'Gerede' in dem Maße zu, wie die Bundesrepublik „ergrünte“¹ und technologische Entwicklungen in Gestalt der mit ihnen verbundenen Risiken zum Gegenstand einer „Rhetorik der Angst“² sowie daraus resultierender politischer Auseinandersetzungen wurden.

Mit der Frage, ob die neuen Technologien eher als gutartig oder als gefährlich anzusehen sind, beschäftigt sich seither ein wachsendes Konzert von Stimmen. Während die eine – risikooptimistische – Seite – vor den katastrophalen Folgen der Unterlassung technologischer Innovationen für den Standort Deutschland warnt, sieht die andere Seite ökologische Risiken und unerwünschte Folgen dieser technologischen Entwicklungen für den Standort sowie für Demokratie und auf die in ihm vorfindliche Lebensqualität wachsen, und sucht daher diesen Risiken aus dem Wege zu gehen.

Einerseits können diese beiden „Argumentationsfiguren“ im Sinne Albert Hirschmans als Anwendungsfall 'progressiver' und 'reaktionärer' Rhetorik um die Interventionskapazität des Staates in der Umweltschutzpolitik gesehen werden. Andererseits wird hier aber über Mikrochips statt über Kartoffelchips, über Gentechnologie und Datenautobahnen statt über Brückenbau und Autobahnen, besonders aber über „Treibhauseffekte“ und GAU's statt über Schiffsuntergänge und Eisenbahnunglücke geredet. Angesichts so verschiedenartiger Technologien und der Vielfalt der mit ihnen erzeugbaren Unfälle lag zunächst der Verdacht auf der Hand, daß so viel Neues die Argumentationsmodi der sich in 'reflexiv' oder 'innovativ' befestigten Lagern gegenüberstehenden Teilnehmer des Risikodiskurses nicht unverändert lassen könne. Der Wandel der Argumentationsmuster erwies sich jedoch als diskursiver Selbstläufer, der sich nicht an technologischen Zwängen ausrichtet. Meine These ist, daß die Diskursivierung (M. Foucault) des Risikos im Rahmen der Standortrhetorik in einem besonderen Maße disziplinierend wirkt. Diese neue Schleife, im „diskursiven“

Kunstflug entlang risikovermeidender und risikobejahender progressiver und reaktionärer Argumente, verwandelte die Risikorhetorik bereits vielerorts zum Standortfaktor.

1. Die Risikogesellschaft im Rückspiegel

Professionell befaßte sich lange Zeit die Versicherungswirtschaft und nicht die Sozialwissenschaft mit Risiken. Inzwischen gilt 'Risiko' gemeinhin als Charakteristikum moderner Gesellschaft. Was aber ist ein Risiko?

Ein Blick in entsprechende Nachschlagewerke verschafft zunächst Aufschluß darüber, daß das Wort Risiko nicht erst heute zweierlei meint: Einerseits wird auf göttlich Gegebenes, wie auf die unumgänglichen Wagnisse des Lebens (*rhiza*) verwiesen. Andererseits ließ sich schon bald eine Felsklippe (*resecum*) ausmachen, die für die verschifften Waren eine Gefahr bildete und die es zu umschiffen (*risicare*) galt. Und dieses Zweierlei von Gefahr und Chance findet sich bis heute in der Standortsicherungs- und Angst rhetorik des Risikostreits, ganz als hätte sich in den rhetorischen Figuren seit dem römischen Kaufmannslatein nicht viel geändert. Zumindest ein *essential* des lateinischen Risiko-„Diskurses“ findet sich auch in der heutigen Risikorhetorik wieder: Man kann Klippen zum Zwecke des Warentransports umschiffen, man kann es aber auch sein lassen. Moderner formuliert: „Wir brauchen Innovationen statt Restriktionen“ versus „Wir dürfen nicht alles, was wir können.“ Was aber nun ein Risiko von Gefahren wie Blitzschlag und Erdbeben unterscheidet, ist der Aspekt der Entscheidung.

Damit gilt jedes Risiko als etwas menschlich Erzeugtes. Indem Risiken jedoch antizipiert werden, kommt es zu Ausweichhandlungen, die wiederum eigene Risiken enthalten. Und schon stellt sich die Frage, ob wir alles verhindern dürfen, was wir verhindern können.³ Ein jegliches Risiko entsteht also im Ergebnis kognitiver und evaluativer Prozesse; es ist ein soziales Konstrukt. Mit der Zunahme der Entscheidungsmöglichkeiten stieg zugleich auch die Zahl der einzugehenden Risiken: „Nehmen wir das Beispiel eines Regenschirms. Vor der Erfindung des Regenschirms gab es die Gefahr, naß zu werden, wenn man rausging. Es war gefährlich rauszugehen. Normalerweise hatte man in dieser Situation nur ein Gefahrenbewußtsein, kein Risikobewußtsein, weil es praktisch nicht in Betracht kommt, wegen der Möglichkeit, daß es regnen könnte, immer zu Hause zu

bleiben... Durch die Erfindung des Regenschirmes wurde das grundlegend anders. Man kann jetzt überhaupt nicht mehr risikofrei leben. Die Gefahr, daß man naß werden könnte, wird zum Risiko, das man eingeht, wenn man den Regenschirm nicht mitnimmt. Wenn man ihn aber mitnimmt, geht man das Risiko ein, ihn irgendwo liegen zu lassen.“⁴

Mit dem Aufkommen der Versicherung entstand bereits im 19. Jh. für dieses Problem eine auf gegenseitiger Absicherung basierende Technologie, die das individuelle Risiko aller einsichtigen Regenschirmträger zu kompensieren in der Lage gewesen wäre. Zunächst auf den Arbeitsunfall beschränkt, bot sich mit der Geburt der Versicherungsgesellschaft die Möglichkeit, mit Hilfe einer Versicherung individuelle Risiken durch ihre Sozialisierung zu kompensieren. Das Regenschirmrisiko weist drei Merkmale auf, die es ermöglichen, die Versicherungstechnologie anzuwenden; es ist durch die Existenz einer beachtlichen Gruppe von Regenschirmbesitzern kollektiv, seine Eintrittswahrscheinlichkeit ist infolge meteorologischer Nachrichten kalkulierbar, und es ist über den leicht zu ermittelnden Preis des Schirms kompensierbar.⁵ Der Gegensatz zwischen der trockenen Sicherheit im Haus und der nassen Freiheit im Regen wird mit dem Prinzip der Versicherung aufgehoben. Auch solcherart versicherte Risiken beruhen auf Entscheidungen, und diese Entscheidungen erzeugen wiederum neue Risiken. Man lebt also keineswegs risikofrei, aber vielfältige Systeme der Versicherung konstituieren die Gesellschaft als Risikogemeinschaft im Sinne der Versicherungsträger.

Das trifft auf Risiken von der Kategorie Regenschirm, also auch auf frühindustrielle Risiken zu. Im Unterschied zu diesen 'alten' Risiken der 'technischen Realisation'⁶ weisen jedoch Risiken moderner Hochtechnologien von den drei genannten Merkmalen nur das erste auf; gentechnische und atomare Risiken zum Beispiel sind weder kalkulierbar noch kompensierbar. Die professionellen Realisten in den Versicherungsagenturen haben daraus längst die Konsequenz gezogen, die mit der Kernkraft verbundenen Risiken nicht zu versichern, jedenfalls nicht zu angemessenen Konditionen. Hinzu kommt, daß diese Risiken nicht unmittelbar wahrnehmbar sind, und ihre Wahrnehmung vom Wissen um Kausalzusammenhänge – und damit von Kommunikation – abhängig ist. Risikokalkulationen des Versicherungsdenkens werden durch diese Zivilisationsrisiken unterlaufen und erzeugen eine neue „Versicherungslosigkeit“, die laut Ulrich Beck den Epochenwechsel zur „Risikogesellschaft“ markiert.⁷ Hinzu kommt, daß diese Risiken nicht dem Verursacherprinzip und damit den Regeln von Kausalität, Schuld und Haftung zurechenbar sind. Jenseits der Versicherbarkeit beginnt also die

von der 'Regenschirmgesellschaft' sich unterscheidende 'Risiko-gesellschaft'. Im Unterschied zum Regenschirmrisiko sind die Zivilisationsrisiken für die Betroffenen zudem fremdbestimmt, d.h. sie sind im Unterschied zu den selbstgewählten Risiken der einfachen Art (Autofahren, Rauchen etc.) geradezu prädestiniert, Gegenstand eines politischen Definitionsstreits zu werden: „In Klassen- und Schichtlagen bestimmt das Sein das Bewußtsein, während in Gefährdungslagen das Bewußtsein das Sein bestimmt.“⁸ Becks Verständnis des „Politischen“ ist dabei nicht auf den angestammten Platz des politisch-administrativen Systems beschränkt. Politik, verstanden als Gesellschaftsveränderung,⁹ „entgrenzt“ sich angesichts der neuen Lagen und wandert zum Beispiel in das technisch-ökonomische Subsystem ab, wo gesellschaftsverändernde Entscheidungen am Parlament vorbei getroffen werden. Genauer gesagt: Politik als Ort der Gesellschaftsveränderung findet in diesen nun die Lebenslagen umwälzenden Bereichen ohne demokratische Legitimation statt. Die Legitimation durch das bloße und bornierte Wahlverfahren bewirkt in dieser „halbierten Moderne“, daß die wesentlichen gesellschaftsverändernden Konflikte am politischen System vorbei- statt hineingeleitet werden.¹⁰ Um dieser Abwanderung des Politischen in die Subpolitik außerhalb des politischen Systems zu begegnen, wird „differentielle Politik“¹¹ empfohlen. Es entspricht einer weithin geteilten Auffassung, daß die technologischen Umwälzungen ganz neue Partizipationswünsche – im Sinne der Forderung nach Beteiligung an den Entscheidungen über diese Umwälzungen – mit sich gebracht haben. Dabei handelt es sich um eine offensichtlich neue Dimension des Hineingreifens der Politik in wirtschaftliches Handeln: „Die technologische Entwicklung wird dadurch aus ihrem Schattendasein in den wissenschaftlichen und industriellen Forschungslabors an das Licht der Öffentlichkeit gebracht und in den Strudel politischer Kämpfe hineingezerrt. Was lange Zeit eine Sache des Erfindungsgeistes der Forscher und des ökonomischen Kalküls von Industriemanagern war, wird nun eine Sache der offenen politischen Auseinandersetzung. Forscher und Industriemanager können ihre Projekte nicht mehr unbehelligt von der Öffentlichkeit durchführen.“¹²

Die Ermächtigungsformel vom „Stand der Technik“ delegierte Grundsatzentscheidungen im Sinne der Herrschaft des Ingenieurwissens gewissermaßen letztinstanzlich an Technikexperten weiter. Diese kümmerten sich bereits seit den sechziger Jahren im Rahmen des *risk assessment* auch um die technischen Aspekte der Risikobestimmung. Die dabei vorgenommenen Risikoabschätzungen zielten darauf, aus der jeweils vorhandenen Datenbasis Rückschlüsse auf die Folgewirkungen zu erzielen, die in

quantitative Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von Schäden mündeten. Diese Art der Risikobewältigung als expertokratisches Sandkastenspiel kam zwar dem Weberschen Rationalitätsideal nahe, sah sich aber bald mit der Erkenntnis konfrontiert, daß komplexe und insbesondere eng gekoppelte technische Systeme unweigerlich unvorhersehbare Interaktionen („normal accidents“) erzeugen, die auch mittels einer mathematisierenden Risikoanalyse nicht antizipierbar waren. Damit war offensichtlich, daß diese Risiken auch durch eingebaute Sicherungstechnologien (Redundanzpfade) nicht mehr beherrschbar waren.¹³ Diese Entzauberung der Beherrschbarkeit der Technik erschütterte das Vertrauen in die wissenschaftlich-technische Risikoanalyse. Beck will nun diese im Grunde weiter bestehende technokratische Herrschaft durch Strukturdemokratisierung und die Schaffung „zwischenfachlicher Teilöffentlichkeiten“¹⁴ in den 'Strudel politischer Kämpfe' zerren und beenden. Mittels dieser institutionellen Innovation sollen dabei die Definitionsverhältnisse umgestürzt werden.¹⁵ Bewirkt werden soll dieser Umsturz durch die Institutionalisierung von Reflexivität, die sich Beck als „soziale Öffnung der Normierungs- und Beratungsgremien“¹⁶ für interdisziplinäre Experten, Gegenexperten und Laien-Richter vorstellt, wodurch Subpolitik legitimationspflichtig würde. Zugleich favorisiert er die Macht sozialer Bewegungen, die die Verdrängung von Gefahren aufdecken und Widersprüche zwischen den gefahrenproduzierenden und -verwaltenden Institutionen thematisieren sollen. Strukturdemokratisierung im Sinne Becks benötigt den einzelnen, emanzipierten Bürger, der außerhalb des politisch-administrativen Systems „kulturelle Subpolitik“ betreibt. Mit den zu schaffenden Kontrollgremien ließen sich dann Kontrollinstanzen institutionalisieren, deren antizipierte Wirkung darauf baut, daß sich hier eine interessiert-emanzipierte Öffentlichkeit artikuliert, nicht aber eine irrational-fanatische.

Die ökonomische Entlastung von Überlebenszwängen, wie sie – etwa in Gestalt des in den fünfziger Jahren einsetzenden und wohlstandsteigernden Fahrstuhleffekts – die Individualisierung vorantrieb, sollte den Bewohnern der Beckschen Risikogesellschaft ermöglichen, das für die „differentielle Politik“ notwendige Risikobewußtsein zu entwickeln. Was aber passiert, wenn weder die ökologische Aufklärung in den subpolitischen Gremien, noch angstinduzierter Fanatismus eintritt? Was passiert, wenn die wohlfahrtsstaatlich freigesetzten Individuen mit ihrer Freiheit doch etwas anderes vorhaben? Ich möchte an dieser Stelle offen lassen, ob die neuen Gefährdungslagen tatsächlich alle gesellschaftlichen Großgruppen vereinen; möglicherweise verhalten sich Risikobewußtsein

und individuell verschiedene Ausweichmöglichkeiten weiterhin nicht länger proportional, die gesamte Öko-Bewegung wurde ja zumeist von der neuen Mittelschicht getragen. Die o.g. materielle Entlastung geht jedoch einher mit dem Zwang, nunmehr stets zwischen einer wachsenden Zahl von Handlungsalternativen wählen zu müssen, ohne dabei auf zuverlässige externe Kriterien zurückgreifen zu können. Abhilfe verschaffen da die nun bloßgelegten eigenen Neigungen und Passionen, die der einzelne in Gestalt seiner Geschmacksempfindungen in sich trägt. Hier nun schlägt die Aufmerksamkeitsverlagerung ins Selbst auf die „differentielle Politik“ zurück; sie ist nur noch eine Handlungsoption unter zahlreichen anderen. Der vor den Toren der Aktivpolitik stehende homo oeconomicus, so eine abweichende Interpretation der Entstehung neuer Makrobezüge, entwickelt sich zum Erlebnissubjekt moderner Gesellschaften. Die Erreichung bloß äußerer Erfolge weicht als Zweck rationaler Lebensplanung der Steigerung innerer Erlebnisse: Lust statt Frust. Diese Orientierung am Ziel der Erlebnissteigerung bedeutet für die individuellen Lebenswege, daß sie primär von individuellen Neigungen gesteuert werden. Eine unüberblickbare Pluralität von Lebensstilen und Existenzweisen, die Ausdifferenzierung spezifischer Milieus entlang der Muster der Erlebnisorientierung sind das Ergebnis dieser Entwicklung. Da auch Beck von einem polyzentrischen Gesellschaftsbefund ausgeht, dürfte es ihn wenig überraschen, daß in ihr eine Vielzahl prinzipiell gleichrangiger und konkurrierender Werte koexistieren. Angesichts einer solchen generellen Orientierungspolyarchie, die vermutlich auch differentiell-subpolitische Aktivbürger beträfe, hätten es konsensorientierte Konfliktbearbeitungsmechanismen wie die angestrebten zwischenfachlichen Teilöffentlichkeiten zudem denkbar schwer. Statt differentieller Politik in der Risikogesellschaft stünde differentiell erlebtes Leben und die „Erlebnisgesellschaft“¹⁷ in der Perspektive des Epochenwandels. Beck hat, wenn man dieser Interpretation folgt, differentielle Politik in der „Risikogesellschaft“ erwartet, aber differentielles Erleben in der „Erlebnisgesellschaft“ erhalten. Da trifft er sich mit Bärbel Bohley, einer anderen tragischen Gestalt jüngerer Zeitdiagnostik, die Gerechtigkeit erwartete, aber den Rechtsstaat erhielt.

2. Risikorhetorik als Standortrisiko

Die sinkende „Zukunftsfähigkeit“ des Standorts Deutschland liege an den darin anzutreffenden hohen Kosten, ist oft genug zu hören. Die zur Behebung dieses Zustands bereitgehaltene und anempfohlene Therapie ist

mithin eine Kostensenkungsstrategie. Staatliche Vorschriften zur Einhaltung ökologischer Standards sind damit ebenso gemeint, wie kosten-trächtige sozialpolitische Arrangements. Umweltpolitik gilt dabei aber nicht nur als Kostenfaktor und überreguliertes Politikfeld schlechthin, auch technikfeindliche Einstellungen würden durch sie transportiert.¹⁸ Daher werden Umweltpolitik und Technikfeindlichkeit oft in einem Atemzug genannt. Und es überrascht nicht, wenn in der Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland auch offen ein Abbau der Umweltpolitik gefordert, bzw. diese Forderung beklagt wird.¹⁹ Dabei handelt es sich bei der Umwelt- wie bei der Sozialpolitik um Reaktionen auf unkontrollierte Begleitphänomene industrieller Wachstumsprozesse, anders formuliert geht es hier um die „selbstnegatorische Tendenz der kapitalistischen Grundstruktur“.²⁰ Die in hochindustrialisierten Gesellschaften für die Minimierung und Beseitigung von Umweltproblemen langfristig anstehenden Kosten, machen Verteilungskonflikte ähnlichen Ausmaßes wie in der Sozialpolitik zu einer inzwischen geläufigen Prognose. Aber schon Narr und Offe sahen in der Produktion und Erhaltung von „Massenloyalität“ das wichtigste Motiv sozialstaatlicher Rhetorik. Der andernfalls in Aussicht stehende Entzug von Legitimität und Akzeptanz birgt ein schwer abschätzbares Konfliktpotential in sich. Wenn in der Konsequenz dieser Entwicklung der Abbau von Umweltpolitik durch die 'Zentrale' zwar stabilitätspolitisch bedenklich erscheint, aber 'technisch' zu bewerkstelligen ist, erweist sich der Abbau der technikfeindlich-risikovermeidenden und prekären – weil angstgesteuerten – Einstellungen als wesentlich problematischer. Ökoaktivisten der verschiedensten Couleur „undermine the consensus that the most sophisticated products contribute the most to social progress.“²¹ Das seelische Fundament des 'Modells Deutschland' scheint gefährdet. Dabei treffen solche falschen Einstellungen und Emotionen gerade deshalb den Nerv des Standorts, weil „Forschung und Innovation im Wettbewerb“ und der Erfolg neuer Technologien als „einzig erfolversprechende Strategie zur Gestaltung und Sicherung unserer Zukunft“²² gelten. Freilich hat Niklas Luhmann sich diesem Thema etwas weniger emphatisch genähert. Bekanntlich richtet sich sein Blick auf primär an internen Konditionalitäten ausgerichtete Teilsysteme hochdifferenzierter, komplexer Gesellschaften, die externe Bedingungen nur nachrangig berücksichtigen können. In diesem Rahmen überrascht es nur im ersten Moment, daß auch hier der Nerv (des Systems) durch 'falsche' Emotionen getroffen wird. Genau dann nämlich, wenn sie kommunikative Unruhen auslösen, werden sie zum Problem: „Es geht nicht um die vermeintlich objektiven Tatsachen: daß Ölvorräte abnehmen,

die Flüsse zu warm werden, die Wälder absterben, der Himmel sich verdunkelt und die Meere verschmutzen. Das alles mag der Fall sein oder nicht der Fall sein, erzeugt als nur physikalischer, chemischer oder biologischer Tatbestand jedoch keine gesellschaftliche Resonanz, solange nicht darüber kommuniziert wird. Es mögen Fische sterben, oder Menschen, das Baden in Seen oder Flüssen mag Krankheiten erzeugen, es mag kein Öl mehr aus den Pumpen kommen und die Durchschnittstemperaturen mögen sinken oder steigen. Solange darüber nicht kommuniziert wird, hat dies keine gesellschaftlichen Auswirkungen. Die Gesellschaft ist ein zwar umweltempfindliches, aber operativ geschlossenes System. Sie beobachtet nur durch Kommunikation. Sie kann nicht anders als sinnhaft kommunizieren und diese Kommunikation durch Kommunikation selbst regulieren. *Sie kann sich also nur selbst gefährden.*²³

Ob „Fische sterben, oder Menschen“ ist in der Tat unerheblich, wo funktional differenzierte Kommunikationssysteme im Mittelpunkt des Theoriesujets stehen. Schließlich richtet sich die Operationsweise eines hochspezialisierten Systems nach der Logik eben dieses Systems. Das politische System etwa vermag sehr genau auf spezifische Informationen wie Wahltermine und sich ändernde Wählerpräferenzen zu reagieren. Insbesondere einschneidende Stimmenverluste lassen die Alarmglocken einer jeden Parteizentrale schriller klingen, als das bei 'sterbenden Fischen und Menschen', selbst bei optimistischen Annahmen, hätte erwartet werden dürfen. Luhmanns hochabstrakte und im kalten Nordlicht der Autopoiesis kahl scheinende Theorie funktionaler Differenzierung, kann mit der Frage nach politisch gangbaren Wegen eines „Emotionsmanagements“ – im Sinne einer kommunikativen Resonanzprävention – nur mißverstanden werden. Ungeachtet dessen erzeugt die Risikokommunikation Resonanz, die wiederum dämpfende Reaktionen auslöst. Die Deutsche Bank zum Beispiel beschritt einen solchen Weg in einer ganzseitigen Anzeige, die in allen seriösen Tageszeitungen verbreitet wurde. Darin stellt der ehemalige Forschungsminister Riesenhuber fest: „Möchten wir nur oder wollen wir? Solange wir uns nicht darüber im klaren sind, ob wir wollen, ob wir erfolgreich sein wollen, ob wir neue Technik wollen, sind wir in Schwierigkeiten. Die Risikoscheu der Deutschen ist das größte Risiko für die Deutschen. Weil wir ein mögliches kleines Risiko scheuen, das wir beherrschen können, vermeiden wir die Problemlösung auf großen Feldern, oder wir verschieben sie, von der Kerntechnik bis zur Gentechnologie.“²⁴ In dieser Anzeige stecken bereits wichtige Hinweise, um Luhmanns kalkulierte Provokation richtig zu verstehen. Wenn nämlich nicht die Umweltprobleme das Problem sind,

sondern die Kommunikation darüber, dann hat das viel damit zu tun, daß die Informationen über Umweltprobleme von den ausdifferenzierten Funktionssystemen nur schwerlich an den systemeigenen Operationsmodus angeschlossen werden können. Die sich verändernde gesellschaftliche Resonanzfähigkeit für Umweltprobleme wird von der nur geringfügig gestiegenen Lösungskapazität für solche Probleme kontrastiert. Nun wird die für Luhmann destabilisierende Funktion der ökologischen Kommunikation deutlich. Sie zeigt, „daß die Politik viel können müßte und wenig können kann.“²⁵ Angst und Risikoscheu sind zudem ein Problem, weil sie durch andere gesellschaftliche Teilsysteme nicht so recht bearbeitbar sind. Da sie sich nicht kaufen, aburteilen, oder als unwahr abqualifizieren lassen, können Wirtschaft, Recht und Wissenschaft die Politik nicht entlasten. Dort wiederum verursacht die Resonanzzeugung, da sie codespezifische Operationen auslöst, d.h. Wiederwahl in Aussicht stellt, weitere und überbordende Resonanzeffekte. „Wer Angst hat, ist moralisch im Recht“,²⁶ und dagegen scheint kein binär codiertes Kraut im politischen Funktionssystem gewachsen zu sein. Die Politisierung der Risiken und ökologischen Gefährdungen im Rahmen der Angstpolitik kann immerhin der Veröffentlichung von Gegenangst, also der Angst vor den Folgen der ökologischen Angst, überlassen werden. Luhmann jedenfalls beschreibt den Gang der Systemrationalität wie folgt: „Die Rationalität politischen Risikomanagements könnte unter diesen Umständen darin liegen, die Entscheidungsrisiken des einen bzw. des anderen Pfades gegeneinander abzuwägen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Protestaffinität der Sekundärfolgen und auf die Stimmkraft der Betroffenen. Und je nach Option für den einen oder anderen Ausweg mag es sich dann empfehlen, die Möglichkeiten oder die Schwierigkeiten eines steuernden Eingriffs herauszustellen.“²⁷

Ein schönes Beispiel für ein Angstmanagement der „Protestaffinität der Sekundärfolgen“ liefert der Fall Siemens. Um Siemens zum Ausstieg aus der Atomtechnik zu bewegen, entschloß sich 1993 der BUND, seines Zeichens größter Umweltschutzverband der Bundesrepublik, einen als „Ausstiegshilfe“ für das Unternehmen bezeichneten Boykott gegen medizintechnische Siemens-Geräte zu initiieren. Siemens verteidigte sich mit den bei solchen Gelegenheiten üblichen Argumenten, also der Darstellung der Atomenergie als relativ sicherer und zumindest kurzfristig alternativer Energie. Auch der Hinweis auf die bedrohten Siemens-Arbeitsplätze fehlte nicht. Die von Kommunikationsexperten gedrechselten Argumentationen wurden jedoch von besorgten Mitarbeitern übertroffen, die in Stellungnahmen und Offenen Briefen deutlicher wurden, als dies von

geschulten Medienexperten hätte erwartet werden dürfen: „Eigentlich wäre von einer Naturschutzorganisation zu erwarten, daß sie die verantwortungsvoll geplanten und betriebenen Kernkraftwerke begrüßen würde, die kein CO₂ freisetzen und praktisch keine Umweltschäden verursachen. ... Sie machen sich dadurch ... für die zunehmenden Strukturmängel, nachlassende Wettbewerbsfähigkeit, den erosionsartigen Abbau von Arbeitsplätzen und fehlende Zukunftsperspektiven für die Jugend Deutschlands mitschuldig. ... Vernünftig wäre es im Sinne des Gemeinwohls, mit der Industrie zusammen für jedes einzelne Projekt um einen ökonomischen und ökologischen Kompromiß zu ringen.“²⁸

Es zeigt sich, daß vorgedachte ironisch-reflexive Positionen ebenso wie ein abstrakt vernünftiges Abwägen von Entscheidungsrisiken auf soziale und emotionsgeladene Grenzen bei den Betroffenen wie den Verursachern stoßen: „risk is employed“, soviel wird deutlich, „as a rhetorical resource to defend particular worldviews“.²⁹ Unabhängig davon, wie sich die Rationalität des Risikomanagements in diesem Fall angesichts der Stimm- und Angstkraft der Betroffenen entwickelte, entsteht an dieser Stelle die Frage nach weiteren Gründen für die „diskursive Gärung“³⁰ des Themas in mehr oder weniger allen westlichen Industriegesellschaften. Dabei half es auch nur wenig weiter, die in der Bundesrepublik vorfindliche Risikodebatte von der andernorts zu unterscheiden, indem man sie zum Beispiel auf Auschwitz zurückführte: „Wenn ich mich selbst als ein Opfer des ‘nuklearen Holocaust’ oder des Waldsterbens begreifen kann“, beobachtet ein französischer Ethnologe, „dann kann ich mich auch fast als Opfer der Nazis betrachten.“³¹ Vielmehr gewann die Frage nach den Ursachen der vielerorts anzutreffenden Entwicklung an Brisanz, als man sich das geläufige Argument vor Augen führte, wonach das Leben der Menschen in den industrialisierten Ländern heutzutage länger und gesünder dahinläuft, als das je zuvor der Fall war. Als sich angesichts derartiger Entwicklungen dennoch immer mehr Menschen in diesen Ländern eher als Opfer, weniger aber als Nutznießer der neuen Technologien fühlten,³² begann man sich recht bald nach den Gründen zu fragen. In Amerika etwa, wo sich Risikodiskurse reichhaltig finden lassen, scheint vergleichbares zu passieren: „The idea that our individual lives and the nation’s life can and should be risk-free has grown to be an obsession, driven far and deep into American attitudes. Indeed, the desire for a risk-free society is one of the most debilitating influences in America today, progressively enfeebling the economy with a mass of safety regulations and a widespread fear of liability rulings, and threatening to create an unbuoyant and uninventive society ... This morbid aversion to risk calls

into question how Americans now envision the destiny of their country.³³ Oder, wie es Karl Popper in einem Interview diesbezüglich auf den Punkt brachte: „Das Geschrei ist unverantwortlich.“³⁴ Diese und andere je verschiedenen Ausformungen von Argumenten über die „Technikfeindlichkeit der Bevölkerung“ und das Beklagen „überzogener Sicherheitsanforderungen“ erscheinen als rhetorische Figur der Risikooptimisten im allgemeinen, wie der Gentechnik- und Atomlobby im speziellen. Nicht überraschend ist dabei, daß „die ‘Fehler des Unterlassens’“ zumeist als tragischer als die ‘Fehler des Unternehmens’“³⁵ angesehen werden. Zunächst erinnert das an ein von Hirschman herausgearbeitetes Charakteristikum ‘progressiver’ Rhetoriker, die „mehr die Gefahren des Nichthandelns wahrnehmen als die des Handelns“.³⁶ Das Handeln in den von Hirschman untersuchten Fällen bezieht sich jedoch auf die von T. H. Marshall herausgestellten Entwicklungsstufen der Bürgerrechte in westlichen Gesellschaften, also die Formulierung der Freiheitsrechte, die Durchsetzung der politischen Teilhaberechte und endlich die Ausdehnung der Bürgerrechte auf die soziale und ökonomische Sphäre, kurz: den Wohlfahrtsstaat. Handeln im Sinne der ökologischen Risikorhetorik ist jedoch Nichthandeln im Sinne der Entwicklung der Bürgerrechte. Diese zunächst sophistisch anmutende Interpretation klärt sich bei einem Blick in den Rückspiegel: Beck untersuchte die von der Anwendung demokratischer Regeln ausgesparten Handlungsfelder der Subpolitik und kam dabei zu dem Schluß, daß es sich bei den modernen Industriegesellschaften um halbierte Demokratien handeln müsse. Wo demokratisch legitimierte Politik über indirekte Steuerungsmittel lange Implementationszeiten braucht, ist die gegen Legitimationsanforderungen abgeschirmte technisch-ökonomische Subpolitik von implementationsloser Direktheit und folgt dem Modell undifferenzierter Handlungsvollmachten vormoderner Gesellschaften.³⁷ Wenn in der ökologischen Risikodebatte somit Handlungsspielräume gefordert wurden, handelte es sich – angesichts der Antizipation der sich aus der Legitimationspflichtigkeit ergebenden Handlungseinschränkungen – um die Forderung nach legitimationsfreien Handlungsvollmachten.

Der aus dem Osten der Republik wehende technologie- und risikofreudige Pioniergeist scheint jedoch unerwartete Handlungsspielräume zu eröffnen, wovon man in Amerika, folgt man dieser Sicht, nur träumen kann. Eine Ursache dafür könnten sedimentierte Versatzstücke des Propagandasprech der Partei sein. Worthülsen wie „Wissenschaftlich-Technische-Revolution“ u.a.m. gehörten ja bekanntlich zur politischen Geräuschkulisse des Lebens in der DDR und in anderen Ostblockländern.

Fahnen flatterten im Wind dieser Geräusche, Arbeiter- und Wissenschaftlerkollektive marschierten, Orden klimpten, und in den Lautsprechern hörte man die Künstler des Volkes singen. In den Gesangspausen rief dann irgend jemand die Losungen des Tages. Und die Forderung nach Anstrengungen bei der „Meisterung der Wissenschaftlich-Technischen Revolution“ tauchte immer auf den vordersten Plätzen auf, wenn der bereits erschöpfte Sprecher letzteres nicht bloß auf „WTR“ verkürzte. Bei dieser Massenberieselung scheint – eigentümlichen Selektionsmechanismen gehorchend – zumindest einiges hängen geblieben zu sein. Umfragen zufolge ist die Technikakzeptanz im Osten nämlich bis heute positiver als im Westen. Der frühere Forschungsminister Krüger sah dafür auch weitere Gründe: „Da sind die Menschen noch hungrig, auch nach Wissenschaft und Technik. Und sie wissen noch, daß alles im Leben seinen Preis hat, auch der Wohlstand.“³⁸

Damit erweist sich die standortpolitisch für bedenklich gehaltene Vereinigung beider Deutschländer als risikopolitischer Standortfaktor, zumal der Hunger der Ostdeutschen nicht auf Satellitenschüsseln und Videorecorder begrenzt blieb. Vielmehr weitete er sich nachholend – und die Marschformationen der Fremdzwangsteuerung hinter sich lassend – auf immer neue und endlich selbstzwangsgesteuert-plurale Formen der Standardisierung eigener Existenz aus. Diese staatsbürgerliche Angstlosigkeit mag aus der Sicht bewegter Risikovermeider unverantwortlich vertrauensselig sein. Aber was den einen als leichte Unerträglichkeit des Seins im risikovereinten Staat erscheint, bedeutet andernorts einen Zuwachs an staatsbürgerlicher Substanz. Schon Hegel wußte um die Bedeutung dieses angstfreien Vertrauens. „Wir wollen das System“, formulierte der polnische Bürgerrechtler Witold Lesniak das – allerdings konditionierte – osteuropäische Vertrauen, „erstmal kriegen, dann können wir auch kritisch sein.“³⁹ Auf welch fruchtbaren Boden solche standortverträglichen Einsichten im angstrhetorisch gebeutelten Westen fallen können, war dabei zunächst nicht abzusehen. Der ehemalige BDI-Chef Tyll Necker stellte zwar noch fest, daß der deutschen Industrie jeden Tag Umweltschutzkosten von 17 Millionen DM, also rund sechs Milliarden DM im Jahr entstünden.⁴⁰ Sein Nachfolger Henkel verkündete jedoch gleich nach seinem Amtsantritt, wie begeistert er vom Weg der Tschechoslowakei in die Marktwirtschaft sei. Dabei konstatierte er hellsichtig: „Wir brauchen eine Vision, die von allen Gruppen unserer Gesellschaft angepeilt werden kann.“⁴¹ Folgt man dem bayerischen Kultusminister Zehetmair, ist es dafür wohl schon zu spät: „40 Prozent der Industrie sind weg und kommen auch nicht wieder.“⁴² Diese martialisch anmutende Verlustzahl scheint sogar

weit über den Bombenschäden der deutschen Kriegswirtschaft in den Jahren 1939-1945 zu liegen. An die Stelle der Bombenangst tritt nunmehr die Standortangst. Der Wirtschaftsminister desselben Freistaates sieht die Ursache zumindest nicht in den Leistungen des technischen Sachverständigen im 'Technologiekrieg' der Triadekonkurrenz Europa-USA-Japan. Vielmehr scheint es im 'Hinterland' und bei den dort diskutierenden „Umweltschützern, Kulturpessimisten, Weltverbesserern und Freizeitkünstlern“⁴³ im argen zu liegen. Insbesondere fehlt es dort an 'Visionen', sowie an einer „Wärme der Akzeptanz in der Gesellschaft“⁴⁴: „Es ist nicht die deutsche Technik, die versagt, sondern es sind die gesellschaftspolitischen Bedingungen, die den Ausbau von Zukunftstechnologien und damit Arbeitsplätzen verhindern, sei es bei der Gentechnologie oder der Kernkraft.“⁴⁵ Inzwischen sind indes, folgt man zum Beispiel den Interpretationen von Edward Luttwak und Laura Tyson,⁴⁶ schwer zu überschauende Technologiekriege an die Stelle des überschaubaren Ost-West-Konflikts getreten. Der Ausgang dieses Scharmützels um die Wettbewerbsfähigkeit entscheide sich mit den Leistungen von Forschung & Entwicklung, die wiederum – gewissermaßen als Luftwaffe im Kampf um die Wettbewerbsfähigkeit – kann sich keinen schlechten Ruf leisten. In dieser Perspektive kommen nunmehr auch die „threats to America ... not from nuclear weapons, but from environmental hazards, drugs, and the loss of economic competitiveness“.⁴⁷ Damit jedoch vollzieht sich die Lagerbildung nicht mehr allein entlang militärischer oder ökonomischer Kooperations- und Bündnisssysteme, sondern sie wird angesichts des durch die ökologische Rhetorik aufgebrochenen Zielkonflikts zwischen der Vermeidung ökologischer Gefahren und der angestrebten Wettbewerbsfähigkeit mit den Triadekonkurrenten in die Gesellschaft des jeweiligen Teilnehmers am 'Technologiekrieg' zurückgeworfen.

„Minderheiten“, so ein Vorstandsmitglied von BASF, hätten aber im Rahmen der öffentlichen Anhörung die Genehmigung technischer Anlagen „über lange Jahre verzögern können“⁴⁸ und stellen daher ein Problem dar, das bereits mit aller nach Restriktionen verlangender Deutlichkeit erkannt wird: „So wie der, der die Abwehrmaßnahmen behindert, auch Mitschuld hat am Terror von Verbrecherorganisationen ... so wie der, der aus Angst vor unerkannten Nebeneffekten die Entwicklung neuer Heilmittel behindert, auch Mitschuld trägt am Schicksal derer, denen durch sie hätte geholfen werden können; so ist unsere Scheu vor der Hinnahme auch begrenzter Risiken nicht etwa die beste Versicherung gegen die großen Gefahren, sondern vielmehr ... eine Strategie der großen Risiken aus Scheu und Angst vor den kleinen.“⁴⁹

Blickte man einst – in den vergangenen, einfachen Konfliktlagen – nur voller Neid auf die Größe und Wendigkeit gegnerischer Flugzeugträger und U-Boote, so beobachtet man heute auf dem technologiepolitischen Schlachtfeld „neidvoll die asiatische, zum Teil auch die US-Praxis, ökologische Ziele und Sicherheitsziele zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu diskutieren, die Wege zur Zielerreichung abzuwägen und einen realistischen Zeitrahmen vorzugeben.“⁵⁰ Folgt man dem Modell eines Nullsummen-Wettbewerbs⁵¹ zwischen den einzelnen Volkswirtschaften, bzw. zwischen denen der Triadekonkurrenten, dann stellt sich gewiß auch irgendwann die Frage, wie man im „Kampf um Wettbewerbsfähigkeit“ mit dieser standortpolitischen „Fünften (Öko-)Kolonie“ fürderhin umzugehen gedenkt, zumal ohnehin langsam klar wird, folgt man der Auffassung des designierten Daimler-Benz-Chefs Jürgen Schrempp, daß das etablierte Verfahren, welches die politischen Entscheidungen von ihrer „Mehrheitsfähigkeit abhängig macht ... der heutigen Zeit nicht mehr gewachsen“⁵² zu sein scheint. Die sich abzeichnende Antwort dürfte also im Spannungsfeld von 'Vision' und 'Restriktion' liegen.

3. Das Risiko des Standorts

Im vorangegangenen Abschnitt habe ich die Argumente jener betrachtet, denen die Risikorhetorik selbst ein beträchtliches Risiko zu sein scheint, und deren Reaktion die Gefahren ausufernder ökologischer Rhetorik und nichtintendierten umweltpolitischen Handelns für größer hält als die Gefahren der industriellen Risikoproduktion. Im folgenden sollen zunächst die Argumente der Gegenseite bedacht werden, deren rhetorische Figur sich des umgekehrten Musters bedient, die also die Gefahren der industriellen Risikoproduktion für das eigentlich Gefährliche hält, und der die öffentliche Debatte um die Gefahren moderner Hochtechnologien gleich dem umweltpolitischen Handeln eher als Standorterhaltungsmaßnahme gilt.

Als ob es bei der Debatte weder um Mikrochips noch um Kartoffelchips, sondern um Hobbessche Hieb- und Stichwaffen ginge, prognostizierte zum Beispiel Mayer-Tasch den durch die „Allianz aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik“ ausgelösten Öko-Bürgerkrieg: „Mit jedem Baum, der im sauren Regen, im radioaktiven Strahlungs- oder im elektromagnetischen Spannungsfeld zugrunde geht, mit jedem Milligramm toxischer Substanz, mit der das Industriesystem Wasser, Luft und Erde schändet, wird die Vorherrschaft dieser Allianz um so sicherer ihrem Ende

entgegengeführt. Mutationsähnliche Beschleunigungen des allgemeinen Bewußtseinswandels sind dabei alles andere als unwahrscheinlich. Die wachsende Verzweiflung und Erbitterung vieler Bürger (die sie *heute schon zuweilen in bürgerkriegsähnliche Konfrontationen* treibt) wird dabei zur soziopolitischen Schubkraft ... werden.“⁵³

Die Bürgerkriegsdrohung ist ja bekanntlich älteren Datums und kann heute kaum noch erschrecken, zumal die Hobbesschen Konsequenzen keine Konfliktlösungen mehr in Aussicht stellen. Auffällig ist jedoch angesichts der neuen Problemlagen die Wiederkehr eines alten Unbehagens, gewissermaßen die Auflösung eines Schleiers Carl Schmittscher Provenienz, mit dem man sich in scheinbar saturierten Zeiten von der kontaminierten Umwelt abschottete. War zum Beispiel die Atemluft in der Bundesrepublik noch in den fünfziger und sechziger Jahren vergleichsweise stark durch Schwefeldioxid und Schwebstaub belastet, wurde bei ständig sinkender Luftbelastung in den achtziger Jahren, in rasch wachsender Dichte Smogalarm ausgelöst. Ähnliches läßt sich für die erst nachträgliche öffentliche Wahrnehmung der radioaktiven Belastung infolge der oberirdischen Atomwaffenversuche in den fünfziger Jahre verzeichnen.⁵⁴ Risiken sind, das wird erneut deutlich, „socially constructed“.⁵⁵ Risikowahrnehmungen und die sich daran anschließenden rhetorischen Figuren entwickelten sich also nicht parallel zu den Gefahren moderner Hochtechnologien. Vielmehr funktionierte die „alte“ Erfahrungslogik des Gewinn und Nutzen kalkulierenden Alltagsdenkens noch, für die Daniel Defoes „Robinson Crusoe“ bereits ein frühes Beispiel bietet. Im gleichen Maße, wie der musterhaft rationale Robinson unter seiner Einsamkeit litt, so riskant erschien ihm die plötzliche Entdeckung des Abdrucks eines nackten Menschenfußes im Sand: „Wie war dieser Fuß hierhergekommen? Ich konnte es mir auf keine Weise erklären. Nachdem tausend verworrene Gedanken meinen Kopf durchkreuzt hatten, floh ich, gleichsam außer mir ... In schrecklicher Angst schaute ich mich alle zwei bis drei Schritte um, erschrak vor jedem Baum, vor jedem Strauch und verwandelte jeden Baumstumpf in eine Menschengestalt. Es läßt sich kaum beschreiben, was für mannigfaltige Formen die erhitzte Einbildungskraft den Gegenständen verleihen kann. Wie viele unsinnige Ideen tauchten in meinem Gehirn auf; welch seltsame, fratzenhafte Abgeschmacktheiten bestürmten mein Gemüt auf dem Rückweg!“⁵⁶

Ein Fußabdruck im Sand und das daraus resultierende sprunghaft anwachsende Gefahrenbewußtseins Robinsons haben nun auf den ersten Blick wenig mit den Gefährdungen moderner Existenzen in Gestalt ökologischer Risiken zu tun. Reaktorunfälle, gentechnische Manipulatio-

nen und Klimaveränderungen scheinen anderen Kalibers zu sein. Das moderne Subjekt Defoes hatte mit dem Fußabdruck auch nicht risikobewußt kalkuliert, also weder im lateinischen Sinne eine Klippe umschiffte, noch im Luhmannschen Sinne einen Regenschirm erfunden: Der kannibalische Tourismus traf ihn gleich einer äußerlichen Naturgewalt. Beim zweiten Hinsehen lassen sich jedoch Gemeinsamkeiten entdecken: Fußabdrücke und Radioaktivität werden dem Betroffenen erst dann zum Problem, wenn sie bemerkt werden. Das Einschalten eines Meßgerätes bewirkt dann dasselbe wie die Entdeckung von Fußabdrücken. Robinsons Entscheidungsgrundlage zur Gefahrenvermeidung war fortan ungleich besser. Der Gewinn und Nutzen kalkulierende *homo oeconomicus* in Robinson begann kurz nach dem ersten Erschrecken jedoch das Risiko der Befreiung eines Opfers kannibalischer Gelüste durchzukalkulieren, und er gelangte zu dem Schluß, „daß das einzige Instrument zur Bewerkstelligung seiner Flucht von der Insel“ darin bestehen müsse, das Risiko einzugehen, sich „einen Wilden zu verschaffen“.⁵⁷ Man sieht, daß trotz der seitdem vollzogenen technologischen Neuerungen die Struktur des menschlichen Risikokalküls keinen grundlegenden Umwälzungen ausgesetzt war. Ähnlich dem Robinsonschen Kalkül suchte sich nämlich der ingenieurtechnische Sachverstand dann ebenfalls 'einen Wilden' zum Zwecke der Daseinsverbesserung zu verschaffen, wie es im Programm des Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstages Stihl wieder vorschien: „Wir wollen keinen Ausstieg aus der Atomkraft, sondern den Abschied von der Verweigerungshaltung (...) Legen wir die Scheu ab vor sicheren Kernkraftwerken, vor gentechnischen Labors, modernen Müllverbrennungsanlagen, Teilchenbeschleunigung und der faszinierenden Vision der Informationshighways.“⁵⁸

Nach Windscale, Harrisburg und Tschernobyl konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Kritiker auch auf andere und bisher wenig beachtete „schleichende Katastrophen“, die nicht ein solch fulminantes Mobilisierungspotential wie Atomunfälle erzeugen, die aber dennoch als „unter allen Umständen zerstörerisch“⁵⁹ gelten. Weil aber ein Ausstieg aus der technologischen Entmachtung des Politischen immer schwieriger schien, theoretisch formuliert: die Autopoiesis des Systems klar wurde, schlugen die bayerischen Bündnisgrünen auf ihrem Landesparteitag Anfang November 1993 eine konditionierte Akzeptanz der Gentechnik vor: „Erst dann, wenn BürgerInnenbeteiligung und Transparenz der Entscheidung durch entsprechende demokratische Verfahren garantiert sind, wenn sichergestellt ist, daß keine negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen auftreten können, wenn die biologische Sicherheit gewährleistet ist

und eine Beeinträchtigung des ökologischen Gleichgewichts ausgeschlossen werden kann, ist es für Grüne überhaupt denkbar, in wohlbegründeten Einzelfällen Ausnahmen im medizinischen Bereich von der grundsätzlichen Ablehnung zuzulassen.⁶⁰ Handlungen, so die unvorhergesehene und keineswegs selbstverständliche Wendung im reflexiv befestigten Lager, sind also nicht a priori abzulehnen. Die Bedingung, sie mögen keine unvorhersehbaren Konsequenzen haben, bleibt jedoch in der Logik der Risikorhetorik. Also: „One side says ‘Do not start unless you’re sure it’s safe.’ The other side says, ‘Do not start until you’ve got something better.’“⁶¹ Immer noch volltönend fiel hingegen die rhetorische Antwort des risikooptimistischen *hardliners* aus: „Wenn ... eine politische Partei gegen jede Art von Gentechnologie ist ... so müßte sie eigentlich auch gleich die sexuelle Fortpflanzung verbieten ... am besten auch gleich bei den eigenen Parteimitgliedern.“⁶² Soweit muß es jedoch nicht kommen, denn in der Zwickmühle von Nichthandeln und unbeabsichtigten Handlungsfolgen wird Langsamkeit schnell zum knappen Gut: „Zeit ist Risiko“,⁶³ und diese umgekehrte Proportionalität bildet ein brisantes Gemisch. Die parlamentarischen Institutionen sind wesentlich auf reaktive Politik, auf das Lernen aus Erfahrung angelegt, daher sind sie gegenüber einer Veränderung des Zeithorizonts auch hilflos. Ökologisch gibt es aber immer mehr Erfahrungen, bei denen es äußerst prekär wäre, wenn sie gemacht würden. Bekanntlich erhöht jedoch Zeitdruck, beispielsweise in der „Kopf-an-Kopf-Konkurrenz“⁶⁴ der Triadekonkurrenz, die Entscheidungsfreudigkeit.

Dem Benjaminschen Fortschrittsengel gleich schwindet bei diesen Geschwindigkeiten die letzte Chance, sich verweilend umzusehen. Dennoch gibt es genügend Vorschläge für ein risikopolitisches „muddling through“. Vielleicht könnte es, erwägt Luhmann, auch „helfen, wenn sich Vertrauen bilden ließe – Vertrauen in die Instanzen, die Risiken beurteilen und darüber entscheiden. Vertrauen ist ja selbst eine Form des Umgangs mit Risiken.“⁶⁵ Zumal die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen – um nur ein Beispiel zu nennen – ein allgemein für hochrangig befundenes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel darstellt, das sich für jegliches Vertrauensmanagement eignen dürfte.

Restriktionen im Bereich der Hochtechnologien spielen jedoch, so das einschlägige Argument, bei Standortverlagerungsentscheidungen – etwa in Entwicklungsländer – ebenso eine Rolle wie allgemein hohe Umweltstandards, die gewissermaßen Hand in Hand gehen mit Technikfeindlichkeit und öffentlich vorherrschender Angst, Investoren zu verjagen und damit Arbeitsplätze zu verhindern bzw. zu vernichten. Der

damalige Bundesforschungsminister Krüger konnte diese Konfiguration besonders einprägsam schildern, indem er formulierte „In Deutschland herrschen Technologieängste statt Gestaltungswillen.“ Und es schien ihm bei der Erläuterung seiner Standortverlagerungsangst, „als ob sich die Anstrengungen auf die ‘Einzäunung’ von Innovationspotential richten statt auf Freisetzung und Ermutigung. Hysterie, auch angesichts nur kleiner erster Schritte in technologisches Neuland, tritt an die Stelle von berechtigter Wachsamkeit, Nüchternheit und Vertrauen auf die eigene Gestaltungskraft. Damit wird bei den potentiellen Leistungsträgern von Innovationen in Deutschland eine Neigung zur Auswanderung erzeugt.“⁶⁶ In der Perspektive der Risikovermeider schien dieses Argument eher eine Drohstrategie gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit zu sein. Dem Standortverlagerungsargument wird der Einwand entgegengehalten, man setze mit zuviel Umweltschutz den Standort keinerlei Gefahr aus. Vielmehr eröffne der ökologische Strukturwandel eine Vielzahl von Innovationsmöglichkeiten und er schaffe Arbeitsplätze.⁶⁷ Auch der Präsident des Umweltbundesamtes Lersner hob die positiven Impulse für den Wirtschaftsstandort Deutschland hervor, indem er sagte: „Mir ist bis heute kein Beispiel bekannt, in dem ein Betrieb vorwiegend aus Umweltgründen seinen Standort ins Ausland verlagert hat.“⁶⁸

All dies zeigt, daß in der Standort-Debatte viel geredet wird. Der „Verfall des Industriestandortes Deutschland“ ist ein zyklisch wiederkehrendes Dauerthema der politischen Rhetorik. Das Fazit: Als immer wiederkehrende Konstante der Standortdebatte, so viel scheint feststellbar, erweist sich nicht der häufig anzutreffende Nebelschleier der Auf- und Abrechnung verschieden spezifizierter Kosten, je nach Gusto volkswirtschaftlich oder gar betriebswirtschaftlich beziffert. Die Forderung nach positiven Motivationen, Visionen, Einstellungen und Stimmungen scheint das – standortrhetorisch – ewig wiederkehrende Gleiche im „Wettbewerb der Moralsysteme“⁶⁹ auszumachen.

4. Risikorhetorik als Standortfaktor

Inzwischen sitzt ein Teil der Risikovermeider in den Ministerien, und nicht mehr vor den Atomkraftwerken. Fast wie zu Beginn des Jahrhunderts, als einige der lange Zeit ob ihrer sozialen Angst rhetorik gescholtenen Sozialdemokraten sich als ministrabel erwiesen, begann sich – rascher als vordem – parallel dazu der Diskurs zu verändern. Auf der einen Seite

schwindet die Illusion eines Ziels, was immer es gewesen war, die Bewegung ist endlich alles. Auf der anderen Seite werden die Kritiker in ihnen zuvor verschlossene Gremien geladen. Der eingangs zitierte Ulrich Beck zum Beispiel wurde im Gefolge seiner Forderung nach einem „Umsturz“ (der Definitionsverhältnisse) in die gemeinsame Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen berufen, wo er im Kreise anderer Zukunftsexperten im allgemein herrschenden „geistigen Vakuum Orientierung zu geben“ habe, so der bayerische Ministerpräsident über die Aufgaben des Unternehmens.⁷⁰ Das ändert zunächst wenig an 'materiellen' Problemlagen und ihrem 'harten' Kostenkalkül. Aber mit dem Einklagen 'weicher' Standortfaktoren wie der „Orientierung im geistigen Vakuum“ schärft sich der Blick für den Wandel der Argumentationsfigur. Bislang erschien die öffentliche Risiko- und Angst rhetorik der einen Seite zumeist als Standortrisiko. Und die im Wirtschaftsstandort vorfindlichen Risikotechnologien wiederum waren es, die auf der anderen Seite einer lauten „Minderheit“ als angsterzeugendes Risiko für Leib und Leben, aber auch für die eingeforderten Mitspracherechte bekämpfenswert erschienen. Das kulturelle Bias schien unüberwindbar: „If you want to forbid new things, just say that adding to background radiation or chemical wastes will disrupt the delicate balance of nature. If the bias is the other way, so that a justification is wanted for changing the environment, expound on nature's availability and the benevolent ways of mutation.“⁷¹

In dem Maße jedoch, wie die Standort rhetorik die Risikorhetorik penetriert, wandelt sich die Wirkung des Diskurses. Die Menschen sorgen sich eben nicht mehr nur privat und in Betroffenen gruppen um ökologische Risiken, vielmehr werden die zuvor privaten Ängste in vielerlei Hinsicht Gegenstand des 'öffentlichen Interesses', etwa in der sich entwickelnden Sparte 'Umweltmedizin'.⁷² In dem Maße, wie Betroffene und Verursacher Diskurse produzieren, erzeugen sie vielfältige und keineswegs nur eindimensional wirkende Kraftverhältnisse. Oder, wie Charles Perrow aus dem politischen Charakter der Risikoanalysen schlußfolgerte: „Letzten Endes geht es nicht um Risiken, sondern um Macht.“⁷³ Da 'Macht' sehr viel bedeuten kann, zumeist aber nur als Beherrschung derer 'da unten' von irgend jemand 'da oben' gesehen wird, erschließt sich das Projekt einer machtgenerierenden 'Diskursivierung' des Risikos genauer, wenn man die Untersuchungen Michel Foucaults als Interpretationsschlüssel hinzuzieht. Die „Produktion von Diskursen“ wird dann nicht nur in die Machtproduktion einbezogen, sondern sie wird als Disziplinartechnologie in ein „Feld vielfältiger und beweglicher Machtbeziehungen getaucht“. ⁷⁴ Als paradigmatisches Beispiel einer Disziplinartechnologie gilt

der von Foucault angeführte und seitdem vielerorts zitierte Plan Jeremy Benthams für das Panopticon aus dem Jahr 1791.⁷⁵ Das Panopticon als spezifischer Machtmechanismus wirkt durch seine flexible Anwendbarkeit geradezu genialisch: Es besteht aus einem weitläufigen Hof mit einem Turm im Zentrum, in der Peripherie des Hofes finden sich Gebäude, die in Stockwerke und Zellen unterteilt sind. Das eigentlich perfide – oder, je nach Geschmack, geniale – besteht nun darin, daß jede Zelle zwei Fenster besitzt. Ein Fenster läßt das Licht von außen herein, das andere aber liegt dem Turm gegenüber, in dem große Beobachtungsgelegenheiten die Überwachung der Zellen ermöglichen. Die zwanglose Disziplinarwirkung des panoptischen Schemas beruht auf der Inszenierung einer nicht geheimen und ständigen Betrachtbarkeit des Gefangenen, dessen Unterwerfung auf einer fiktiven Beziehung beruht. Im Glashaus spielt der Gefangene im Kopf seinen eigenen Wärter. Da er die Insassen des Zentralturms nicht sehen kann, muß er sich – auch wenn vielleicht gerade niemand im Turm weilt – so verhalten, als sei er ständig und total überwacht. Zudem lassen sich mit dieser hochwirksamen Technik nicht nur Individuen kontrollieren, auch Experimente zur Verwandlung der Insassen lassen sich vom Turm aus beobachten und aufzeichnen. Die Anpassungsfähigkeit dieser geradezu neutralen Technologie besteht nun darin, daß Individuen und Bevölkerungsgruppen nicht nur beobachtbar, sondern auch geordnet und produktiv gemacht werden können: Das panoptische Prinzip „hat verstärkend und steigernd zu wirken; nicht um der Macht willen und nicht, um einer bedrohten Gesellschaft das Leben zu retten, organisiert es die Macht und macht sie ökonomischer und wirksamer: es geht darum, die Gesellschaftskräfte zu steigern – die Produktion zu erhöhen, die Wirtschaft zu entwickeln, die Bildung auszudehnen, das Niveau der öffentlichen Moral zu heben; zu Wachstum und Mehrung beizutragen.“⁷⁶

Wenn es also mit Hilfe des 'Risiko-Bias' gelingt, eine Produktion von Diskursen zu inszenieren, werden die Betroffenen involviert und in ein Netz von Machtbeziehungen gezogen, daß sie zudem noch selbst stricken, und schließlich werden sie ruhiggestellt, in den besten Fällen lassen sie sich sogar zum aktiven Mitmachen ermuntern. Hierbei erschließt sich die panoptische Qualität der Risikorhetorik im Rahmen der Standortdebatte. Die überbordende ökologische Kommunikation wird nämlich jetzt für die Steigerung der Gesellschaftskräfte im o.g. Sinne nutzbar. Verbände zum Beispiel erkennen die neuen Gepflogenheiten rasch an. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) etwa mißt der Risikokommunikation inzwischen schon erhebliche Bedeutung bei.⁷⁷ Die im Ergebnis derartiger Entscheidungen zu beobachtende Risikokommunikation vollzieht sich

dann vornehmlich in Anzeigen, die infolge einer funktionalistischen Selbstinterpretation⁷⁸ zumeist auf ein hohes 'Gemeinwohlengagement' des Verbandes oder Unternehmens schließen lassen. So zum Beispiel wirbt Professor Martin Schata, wissenschaftlicher Leiter der Gesellschaft für Allergieforschung, mit dem Text: „Millionen Allergiker brauchen dringend Hilfe. Ohne Gentechnik werden wir sie nicht geben können.“ Und der VCI fügt dem noch hinzu: „Die Gentechnik bietet nicht nur Allergikern eine Perspektive. Sie ist ein unverzichtbares und erfolgversprechendes Instrument der Chemie in vielen Bereichen, zum Beispiel auch im Kampf gegen Krebs und Aids.“⁷⁹

Da die Angst vor derartig gentechnisch einzudämmenden Krankheiten allgemein ist und gewissermaßen als *volonté générale* auftritt,⁸⁰ eröffnen sich hier für das Standortmanagement neue Möglichkeiten: Die Angst-rhetorik wandelt sich vom Sand im Herrschaftsgetriebe zum Öl des Investitionsmotors. Und das in mehrfacher Hinsicht, sonst läge die Gefahr nahe, die Vielfältigkeit der durch die Diskursproduktion gezogenen Machtbeziehungen zu unterschätzen. Bei Hoechst, um nur ein Beispiel zu nennen, gibt es bereits „heute kein neues Produktionsverfahren mehr, das nicht in sehr konkreter Weise auch ein ökologischer Fortschritt ist.“ Die Ursache dafür findet sich in derselben Anzeige: „Wer seine Pläne ohne die Umwelt macht, ist bald nicht mehr wettbewerbsfähig.“⁸¹ Deutlich wird, daß die neue Repräsentationsstrategie nicht nur die Billigung der verbandlichen oder unternehmerischen Strategien in je verschiedenen kritischen Öffentlichkeiten zur Folge hat. Vielmehr führt die funktionalistische Interpretation eigener Interessen auch zur Reformulierung des eigenen Selbstverständnisses. Anders ausgedrückt: die neue Rolle wird von den Anwälten der gesamtwirtschaftlich-ökologischen Vernunft neuerdings auch gespielt. Zunächst jedoch wird sich die Wirtschaft weiterhin nur dann in diesem Sinne ökologisch verhalten, wenn sich das für sie lohnt. Hält man das ökonomische System für ein autopoietisches System, läßt sich dieser Zusammenhang theoretisch folgendermaßen ausdrücken: Der binäre Code, mit dem das Wirtschaftssystem die hinsichtlich seiner Leistung und seiner Funktion relevanten Informationen auswählt, lautet demnach: Zahlen/Nichtzahlen. Preise liefern die Informationen, die über Zahlung oder Nichtzahlung entscheiden. Aus denselben Gründen wird die Wirtschaft auch so tun, als ob sie sich ökologisch verhielte, wenn sich das für sie lohnt. Andererseits trifft sich die binär codierte Kommunikationsanweisung mit einer Instanz, deren Wirkmächtigkeit einst am Beginn wohlfahrtsstaatlicher Regelungen stand: „Der Ritt auf der Ökowelle bringt Gewinn und ein gutes Gewissen.“⁸²

Hier entwickeln sich in Gestalt des ökologischen Gewissens Wendungen, die, gemeinsam mit den Folgen einer funktionalistischen Selbstinterpretation, die Argumentationsfigur in der oben beschriebenen Weise gewissermaßen auf den Kopf stellen und eine gehörige Risikorhetorik zum Standortfaktor werden lassen. Zunächst wäre damit die lange Vorgeschichte der Verwandlung 'privater Laster' in 'öffentliches Wohl'⁸³ um einen weiteren Fall bereichert. Gleiches gilt aber auch für die Gegenseite, wo man die Strukturierungs- und Vermittlungsfunktion der Gewerkschaften als essentiell für die ökologische Modernisierung herausstellt. Erstaunt vermerkt Lothar Späth: „Mehr Technologie ist unabdingbar. Jetzt sind plötzlich alle für Gentechnik und den Transrapid – selbst die Frohnaturen, die jahrelang die großen Kämpfe dagegen angeführt haben. Auch gewisse Gewerkschaftskreise wollen plötzlich den Fortschritt, den wir nicht haben, weil sie solange dagegen waren.“⁸⁴

Für die von Foucault herausgestellten Wirkungen einer Produktion von Diskursen lassen sich zahlreiche weitere Beispiele finden. So erzeugte der ebenfalls omnipräsente Technik-Diskurs über die Sozialverträglichkeit der Technik eine „Technikverträglichkeit des Sozialen“.⁸⁵ In unserem Fall erzeugt der Risiko-Diskurs inzwischen eine Standortverträglichkeit des Risikos. Im sich entfaltenden „supervisierenden Diskurs“, so die neueste staatstheoretische Wendung, steht die „Politik nun vor der Aufgabe, die ungebremsste Dynamik wissenschaftlicher Innovation und daraus resultierender technologischer Risiken einer Supervision zu unterwerfen. Supervision, so das Fazit, „zielt nicht auf Kontrolle, sondern auf Selbstkontrolle“.⁸⁶ Im Zentrum der supervisionären Wendung steht mithin also auch hier die Selbstkontrolle, die – wen könnte es noch überraschen – mittels eines „diskursiven Verfahrens“⁸⁷ an die Stelle hierarchischer und autoritativer politischer Kontrolle des Staates tritt. Ein Beispiel dafür, wie solch eine Selbstkontrolle bei der Produktion von Risikodiskursen funktionieren könnte, vermerkte Thilo Bode, Geschäftsführer von Greenpeace: „Wenn wir heute ein Firmmentor blockieren, dann erscheint nicht mehr die Polizei, sondern die Werksleitung mit Kaffee und Kuchen und lädt zum freundlichen Small talk über Zukunftsplanung und Unternehmensstrategie ein.“⁸⁸

Abgesehen davon, daß noch nicht alle Unternehmensleitungen die Möglichkeiten eines solch offensiven Herangehens schätzen gelernt haben, vollzieht sich damit – im Ergebnis des in Szene gesetzten Diskurses – ein Abbau der Distanz zwischen Betroffenen und Verursachern. Schließlich erfährt dabei auch die risikoverursachende Industrie, daß das Verständnis für die Voraussetzungen derartiger industrieller Produktionen,

vor allem aber „deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit selbst zu der allerwichtigsten Voraussetzung solcher Produktion werden kann“.⁸⁹ Die damit einhergehende Entdifferenzierung der Konfliktlagen in labyrinthisch strukturierten und hochkomplexen modernen Gesellschaften beinhaltet gewissermaßen eine diskursive Wiederherstellung der Einheit der Gesellschaft – in risikopolitischer Hinsicht. Hegel beendete mit der Feststellung, daß die bürgerliche Gesellschaft die Differenz ist, „welche zwischen die Familie und den Staat tritt“,⁹⁰ eine aus der platonisch-aristotelischen Tradition herwehende Sicht auf die Gesellschaft als Einheit, hier: von Privatem und Öffentlichem. Um Hegel zu paraphrasieren, war das Risiko gewissermaßen die Differenz, welche zwischen Betroffene und Verursacher trat. Der ‘Diskursivierung’ des Risikos kommt hingegen die Aufgabe zu, diese Differenz in einer anderen, ‘weicheeren’ Hinsicht abzubauen, als es Beck vorschwebte, als er – zum Beispiel angesichts der allgegenwärtigen Radioaktivität bei Atomunfällen – von der „Allbetroffenheit“⁹¹ beider – verstrahlter – Gruppen sprach.

Die Differenz von Staat und Gesellschaft wurde und wird in der staats-theoretischen Debatte bereits weitergedacht – einerseits als Verzicht auf den Primat des operativ geschlossenen Teilsystems Politik (Luhmann). Andererseits aber wird dem Staat angesichts der ihm zukommenden Schlüsselrolle bei der Induktion technologisch-industrieller Innovation durch das Instrument adäquaten wissenschaftlich-technischen Fortschritts, eine „neue Rolle“⁹² zugewiesen. Dazwischen findet sich die erwähnte Idee supervisionärer Staatlichkeit als „Ironie des Staates“⁹³. Gemäß dieser neuesten Schlankheitsrezeptur institutionalisiert der Staat Distanz zur eigenen steuerungspolitischen Überforderung und kann sich damit ironisch verhalten; d.h. zunächst sich selbst weniger ernst nehmen. Diese „neue Bescheidenheit der Politik“⁹⁴ zielt zudem auf kontextuelle und heterarchische Formen der Aufgabenbewältigung, die in hochkomplexen Systemen als angemessenere Steuerungsformen direkte, zentralisierte, hierarchische und autoritative Steuerungsformen ablösen.

Das sich entwickelnde Risikodispositiv entfaltet den relationalen Charakter seiner differenzabbauenden Macht jedoch in einer anderen Hinsicht, gewissermaßen „von unten“,⁹⁵ also ebenso unabhängig von präzeptoraler oder kontextueller Steuerung, wie von ‘harten’ Lagen in Gestalt tatsächlicher Betroffenheit, oder der Induktion resp. Nichtinduktion von Innovation. Dabei geht es also weniger um steuerungstheoretische Erwägungen der ‘traditionellen’ Art, wie sie im Bedarf oder Nichtbedarf der Gesellschaft nach einer – wie auch immer gearteten – staatlichen Steuerungsinstanz anzutreffen sind. Zwar war der Staat von Anbeginn

sowohl intervenierende wie Appellationsinstanz, zugleich war er aber auch Ort der verdichteten Artikulation gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen und Werte. Die Sorge um die Umweltkostentragik der Standortvergrünung teilt mit den ökologisch inspirierten Kritikern zumeist eine gemeinsame – antitragische – Zuversicht; daß die – der einen Auffassung nach einzuschränkende, der anderen Auffassung nach noch auszubauende – Aktivität des Staates einen substitutiven Grund für den Zusammenhalt der Gemeinschaft geben könne.

Je nachdem, wo gerade der Akzent gesetzt wird, führt die Sorge um die fortschreitende Auflösung gemeinschaftlich geteilter Werte dennoch zum rhetorisch kleinsten gemeinsamen Nenner: der Sorge um den Standort. Die Logik der standortbezogenen Verantwortung erstellt den Rahmen beider Argumentationsmuster. Man sieht: Der Standort als *summa bonum* scheint umsorgt. So heißt es dann auch in der standortbesorgten Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition für die 13. Legislaturperiode des Bundestages, daß „ein überproportionales Wachstum des Bundeshaushaltes für Forschung und Technologie Spielräume für neue Initiativen, insbesondere in den Spitzentechnologien eröffnen“⁹⁶ soll, nicht ohne allerdings den umweltrechtlichen Ordnungsrahmen mit dem „Ziel der Deregulierung“⁹⁷ fortzuentwickeln. Das nachgezeichnete Projekt einer Diskursivierung des Risikos als standortpolitische Feinsteuerung rückte jedoch die Verfaßtheit der Sorge um den Standort in den Mittelpunkt des Interesses. Also: Visionen, Liebe und Motivationen statt monetärer Restriktionen bilden das standortrhetorische Epizentrum. Wer Visionen hat, wird zumindest in der westlichen Therapiekultur an Psychologen verwiesen. Nicht so in unserem Fall. Der Standort bliebe ohne „positive“ Visionen und Motivationen eine institutionelle, lieb- und leblose Ruine, in der das, was ohnehin geschieht – nach Überwindung aller Widerstände – im besten Falle bloß hingenommen würde. Visionsmanagement und Diskursproduktion hingegen sorgen in Amerika wie anderswo dafür, daß das, was geschieht, auch gut geheißen wird: „Visions have been very succesful in driving entire economies and establishing the rules for their organization. In the United States, the visions of military security and of conquering outer space were both powerful forces in shaping U.S. technological expertise ... Visions of an environmentally sound, healthy, and stable society could be equally powerful in shaping the next round of investment and technology development.“⁹⁸

In diesem auf den standortrhetorischen Grund zielenden Sinn, erscheinen die von weiten Teilen der Sozialwissenschaften wie der Politik diskutierten gravierenden Steuerbarkeitsprobleme im Verhältnis von Po-

litik und Gesellschaft als interessanter Nebenschauplatz. Die Diskursivierung des Risikos generiert Standortdisziplin und schlägt dem Visionsmanagement eine Schneise. Am Ende des diskursiven Distanzabbaus steht die „Erfüllung“ im frisch aufvisionierten Standort. Diese „neue“ Erotik⁹ zielt jedenfalls nicht auf Mäßigung, zumindest legt das Jil Sander nahe, die im Januar 1994 ihr Produkt 'Background – ein Duft, der Zeichen setzt' visionär umwerben ließ: „Der Mann ist der Gestalter seiner Welt. Denn es ist sein Wissen um die Kraft der Vergangenheit, aus dem heraus er die Visionen des Morgen formt. Unbezähmbar mit wachem Instinkt. Machtvoll durch sein Wesen. Überwältigend in seiner erotischen Präsenz. ... Kühn, kraftvoll, kompromißlos.“

Das noch nicht überwundene Risiko des Standorts erscheint damit in einem anderen, gleichwohl vertraut anmutendem Licht: als Mangel an Erotik. Ein solchermaßen geregeltes Spiel von Werten wie Gestaltungswillen, Vision, Unbezähmbarkeit, Kraft, Instinkt und Kühnheit, genauer gesagt, der auf Penetration zielenden erotischen Rolle der Aktivität und Herrschaft, liest sich wie ein Wunschkatalog des sich mit Kompromissen, Zähmungswillen und Mutlosigkeit schindenden Standortmanagements. In diesem Spiel scheinen es jedoch alle besser zu wissen, als sie es zugeben mögen. Die in der Botschaft wieder aufscheinende Idee einer Beherrschbarkeit des Seins, hier die olfaktorische Umgarnung der Umwelt, da das gestalterische und auf Steuerung zielende Kalkül Robinsons, legt einen Schluß nahe: Die Ironie des Standorts liegt in seiner Erotik.

- 1 B. Nussbaum, *Das Ende unserer Zukunft*, München 1984, S. 107.
- 2 N. Luhmann, *Ökologische Kommunikation*, Opladen 1986, S. 241.
- 3 H. Markl, *Wissenschaft im Widerstreit*, Weinheim 1990, S. 41.
- 4 N. Luhmann, *Die Welt als Wille ohne Vorstellung, Sicherheit und Risiko aus der Sicht der Sozialwissenschaften*, in: *Die politische Meinung*, Nr. 229, 1986, S. 18, und ders., *Die Moral des Risikos und das Risiko der Moral*, in: G. Bechmann (Hrsg.), *Risiko und Gesellschaft*, Opladen 1993, S. 328.
- 5 Vgl. F. Ewald, *Der Vorsorgestaat*, Frankfurt a.M. 1993, S. 213ff.
- 6 E. Forsthooff, *Der Staat der Industriegesellschaft*, München 1971, S. 30ff.
- 7 U. Beck, *Die Risikogesellschaft*, Frankfurt a.M. 1986.
- 8 Ebenda, S. 31.
- 9 Ebenda, S. 311.
- 10 N. Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, Darmstadt/Neuwied, 1969, S. 163.
- 11 U. Beck, *Die Risikogesellschaft* (Anm. 7), S. 368ff.
- 12 R. Münch, *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*, Frankfurt a.M. 1991, S. 160.
- 13 Ch. Perrow, *Normale Katastrophen*, Frankfurt a.M. 1989, S. 107ff.
- 14 U. Beck, *Die Risikogesellschaft* (Anm. 7), S. 373.
- 15 Ders., *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*, Frankfurt a.M. 1988, S. 275.
- 16 Ebenda, S. 284.

- 17 G. Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a.M. 1992.
- 18 Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT), *Umweltpolitik unter veränderten Bedingungen*, Bonn 1993.
- 19 Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, *Umweltgutachten 1994*, Bundestags-Drucksache 12/6995, Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, vom 8.3.1994.
- 20 W.-D. Narr/C. Offe (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*, Köln 1976, S. 16.
- 21 H. Kern/M. Schumann, *New Concepts of Production in West German Plants*, in: P. J. Katzenstein (Hrsg.), *Industry and Politics in West Germany*, New York 1989, S. 87-110, hier S. 101.
- 22 H. Markl, *Unser Standort im Strom*, FAZ, 30.4.1994.
- 23 N. Luhmann, *Ökologische Kommunikation* (Anm. 2), S. 62f. (Hervorhebung im Original)
- 24 SZ, 1.12.1994.
- 25 N. Luhmann, *Ökologische Kommunikation* (Anm. 2), S. 169.
- 26 Ebenda, S. 244.
- 27 Ders., *Soziologie des Risikos*, Berlin 1991, S. 185.
- 28 Offener Brief vom 13.8.1993 von Siemens-Mitarbeitern an den Bund, zitiert bei: J. Brinkmann/P. Lüdke-Höher, *Boycott, Macht, Gegenmacht*, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 1994, Nr. 6, S. 110.
- 29 K. Dake, *Myths of Nature: Culture and the Social Construction of Risk*, in: *Journal of Social Issues*, vol. 48, 1992, No. 4, S. 21-37, hier S. 24.
- 30 M. Foucault, *Der Wille zum Wissen*, Frankfurt a.M. 1983, S. 28.
- 31 P.-Y. Gaudard, *Ängste der Deutschen vor Umweltkatastrophen*, in: K. Aurand u.a. (Hrsg.), *Umweltbelastungen und Umweltängste*, Opladen 1993, S. 77.
- 32 P. Slovic, *Perception of risk: Reflections on the psychometric paradigm*, in: S. Krimski/D. Golding (Hrsg.), *Social theories of risk*, New York 1992.
- 33 H. Farlie, *Fear of living: America's morbid aversion to risk*, in: *New Republic*, 23. January 1989, S. 14.
- 34 *Die Welt*, 21.2.1990.
- 35 H. Markl, *Unser Standort im Strom* (Anm. 22).
- 36 A. O. Hirschman, *Denken gegen die Zukunft*, München 1992, S. 165.
- 37 Vgl. U. Beck, *Die Risikogesellschaft* (Anm. 7); ders., *Gegengifte*. (Anm. 15); ders., *Politik in der Risikogesellschaft*, Frankfurt a.M. 1991.
- 38 *Die Zeit*, 5.11.1993.
- 39 SZ, 25.11.1994.
- 40 SZ, 3./4.12.1994.
- 41 *Die Zeit*, 2.12.1994.
- 42 SZ, 9.12.1993.
- 43 R. Haungs, *Fünf Forderungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts*, in: H. W. Levi/B. Danzer (Hrsg.), *Wirtschaftsstandort - Wissenschaftsstandort Deutschland*, Stuttgart 1994, S. 43f.
- 44 T. Necker, *Wirtschafts- und Forschungspolitik im Dienste der Standortsicherung*, in: ebenda, S. 23.
- 45 O. Wiesheu, *Perspektiven für den Standort Deutschland*, in: *Atomwirtschaft*, 1994, Nr. 12, S. 825-828, hier S.826.
- 46 E. Luttwak, *The Endangered American Dream: How to Stop the United States from Becoming a Third World Country and How to Win the Geo-economic Struggle for*

- Industrial Supremacy, New York 1993, und L. Tyson, Who's Bashing Whom: Trade Conflict in High-Technology Industries, Washington 1992.
- 47 P. Kennedy, The American Prospect, in: The New York Review of books, vol. XL, 1993, No. 5, S. 42.
- 48 SZ, 9.12.1993.
- 49 H. Markl, Unser Standort im Strom (Anm. 22).
- 50 H. König, Genehmigungsverfahren in der chemischen Industrie, in: H. W. Levi/B. Danzer (Hrsg.), Wirtschaftsstandort - Wissenschaftsstandort Deutschland, S. 93-101, hier S. 101.
- 51 Vgl. die Kritik bei P. Krugman, Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: Foreign Affairs, 1994, vol. 73, no. 2, S. 28-44.
- 52 J. E. Schrempf, Entscheidungen sind notwendig, um den Standort zu retten, in: H. W. Levi/B. Danzer (Hrsg.), Wirtschaftsstandort - Wissenschaftsstandort Deutschland, Stuttgart 1994, S. 39.
- 53 P. C. Mayer-Tasch, Aus dem Wörterbuch der Politischen Ökologie, München 1985, S. 9 (Hervorhebung von mir, F.G.).
- 54 Vgl. V. v. Prittwitz, Das Katastrophenparadox, Opladen 1990, S. 16ff.
- 55 K. Drake, Myths of Nature: Culture and the Social Constructions of Risk, in: Journal of Social Issues, 48 (1992) 4, S. 24. Vgl. auch M. Douglas/A. Wildavsky, Risk and Culture, Berkeley 1983, S. 186ff.
- 56 Daniel Defoe, Robinson Crusoe, Berlin 1957, S. 167.
- 57 Ebenda, S. 209.
- 58 Zit. nach Forum Wissenschaft, 1994, Nr. 4.
- 59 I. Illich, Selbstbegrenzung, Reinbek 1980, S. 43.
- 60 Zit. bei: J. Katzek/J. Spangenberg, 'Sustainable' Biotechnology?!, in: Forum Wissenschaft, 1994, Nr. 4, S. 47.
- 61 M. Douglas/A. Wildavsky, Risk and Culture, Berkeley 1983, S. 27.
- 62 H. Markl, Unser Standort im Strom (Anm. 22).
- 63 W. Fach, Die Zeit des Risikos und das Risiko der Zeit, in: U. Hilpert (Hrsg.), Zwischen Scylla und Charybdis?, Opladen 1994, S. 49-66, hier S. 64.
- 64 T. Necker, Wirtschafts- und Forschungspolitik (Anm. 44), S. 26.
- 65 N. Luhmann, Die Moral des Risikos (Anm. 4), S. 333.
- 66 BMFT-Pressemitteilung, 1993, Nr. 63, 15. 7. 1993, S. 1.
- 67 So argumentieren z.B. K. Robinet/R. Lucas, Umweltschutz und Umweltqualität als Standortfaktor, Marburg 1994; G. Knöding, Umweltschutz und industrielle Standortentscheidungen, Frankfurt a.M. 1982; J. Blazejczak/D. Edler/M. Gornig, Grüne Arbeitsplätze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1994, B 37, S. 29-36.
- 68 SZ, 3./4.12.1994. .
- 69 H. Giersch, Die Moral als Standortfaktor, in: FAZ, 31.12.1994.
- 70 SZ 18./19.2.1995
- 71 M. Douglas/A. Wildavsky, Risk and Culture (Anm. 55), S. 69.
- 72 Vgl. u.a. A. Kappos, Strategien zur Bewältigung von Umweltängsten durch Kooperationsmodelle und individualmedizinische Beratung, in: K. Aurand u.a. (Hrsg.), Umweltbelastungen und Umweltängste, Opladen 1993; F. M. Ruff, Risikokommunikation als Aufgabe für die Umweltmedizin, in: ebenda.
- 73 Ch. Perrow, Normale Katastrophen (Anm. 13), S. 357.
- 74 M. Foucault, Der Wille zum Wissen (Anm. 30), S. 119.
- 75 Ders., Überwachen und Strafen, Frankfurt a.M. 1977, S. 251ff.

- 75 Ebenda, S. 267.
- 77 Positionspapier des VCI, 1994, „Sustainable Development - Position der Chemischen Industrie“, o.O., S. 7.
- 78 G. Vobruba, Funktionalismus als Akteurswissen, in: H. Abromeit/U. Jürgens (Hrsg.), Die politische Logik wirtschaftlichen Handelns, Berlin 1992, S. 228.
- 79 SZ, 1.3.1995.
- 80 N. Luhmann, Ökologische Kommunikation (Anm. 2), S. 242.
- 81 SZ, 30.9.1994.
- 82 Harvard Business manager 2/1994.
- 83 A. O. Hirschman, Leidenschaften und Interessen, Frankfurt a.M. 1987.
- 84 L. Späth, Interview, in: Die Mitbestimmung, 1994, Nr. 3, S. 20.
- 85 K. Erdmenger/W. Fach, Kritik der „Sozialverträglichkeit“. Am Beispiel des NRW-Programms „Sozialverträgliche Technikgestaltung“, in: K. Grimmer/J. Häusler/S. Kuhlmann/G. Simonis, Politische Techniksteuerung, Opladen 1992, S. 251-266, hier S. 254.
- 86 H. Willke, Die Ironie des Staates, Frankfurt a.M. 1992, S. 307.
- 87 Ebenda, S. 350.
- 88 SZ-Magazin, 25.9.1992.
- 89 H. Markl, Wissenschaft im Widerstreit (Anm. 3), S. 114.
- 90 G. F. W. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt a.M. 1970, S. 339.
- 91 U. Beck, Die Risikogesellschaft (Anm. 7), S. 48.
- 92 U. Hilpert, Neue Weltmärkte und der Staat, Opladen 1991.
- 93 H. Willke, Die Ironie des Staates, Frankfurt a.M. 1992.
- 94 Ebenda, S. 339.
- 95 M. Foucault, Der Wille zum Wissen (Anm. 30), S. 115.
- 96 Das Parlament, 25.11.1994.
- 97 Ebenda.
- 98 A. Markusen/J. Yudken, Dismantling the Cold War Economy, New York 1992, S. 246f.
- 99 M. Foucault, Die Sorge um sich, Frankfurt a.M. 1989, S. 292ff.